

Europa bauen, den Wandel gestalten

Europa im Umbruch

Erwin Teufel

Einführung: Heiner Gutberlet

Europa bauen, den Wandel gestalten

„Das vereinte Europa ist für mich die späte Lehre aus der Geschichte, die Verwirklichung eines großen Traums.“ Mit diesem klaren Bekenntnis zu Europa begann Erwin Teufel, Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, am 22. Juni 2004 in der Alten Reithalle in Stuttgart seinen Vortrag „Europa im Umbruch“. Teufel begrüßte die Aufnahme der neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten als endgültige Überwindung des Kalten Krieges und wies zugleich auf die Errungenschaften der vom Europäischen Rat verabschiedeten Verfassung Europas hin, an der er als Mitglied des Europäischen Konvents mitgearbeitet hatte. Beides zusammen bedeute „nicht weniger als eine zweite Gründung Europas“, so Teufel. Um den Einigungsprozeß erfolgreich fortzuführen und Europa wieder zu einem wirtschaftlichen Aufschwung zu verhelfen, seien jedoch besonders Deutschland und Frankreich in die Pflicht genommen, die längst überfällige Reformen nicht länger aufschieben dürften. Mit seinem Vortrag setzte Erwin Teufel die Reihe „Europa bauen, den Wandel gestalten“ der Robert Bosch Stiftung fort.

Heiner Gutberlet, Vorsitzender des Kuratoriums der Robert Bosch Stiftung, wies in seiner Einführung auf die beispiellose Erfolgsgeschichte der europäischen Einigung hin und rief zu mehr Stolz und Optimismus auf.

Heiner Gutberlet

Einführung

Im Namen der Robert Bosch Stiftung begrüße ich Sie zu einem Vortrag in unserer Reihe „Europa bauen, den Wandel gestalten“. Ich freue mich besonders, Herrn Ministerpräsidenten Erwin Teufel begrüßen zu können. Herr Ministerpräsident, herzlichen Dank dafür, daß Sie sich trotz Ihres engen Terminkalenders bereit erklärt haben, heute über „Europa im Umbruch“ zu uns zu sprechen.

Meine Damen und Herren, „Europa bauen, den Wandel gestalten“, dies ist eine nahezu unendliche Geschichte und eine fortdauernde Aufgabe. Diejenigen unter uns, die noch den Zweiten Weltkrieg erlebt haben, überschauen am besten, welchen Weg wir in Europa gemeinsam mit unseren Nachbarn bislang zurückgelegt haben.

Wir sprechen heute im Rückblick auf die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts von einem dreißigjährigen europäischen Bürgerkrieg, der uns dann noch für nahezu ein weiteres halbes Jahrhundert den Kalten Krieg und die Spaltung unseres Landes und des Kontinents beschert hat. Vor wenigen Wochen erst kehrten unsere Nachbarn im Osten nach Europa zurück.

Die europäische Idee entstand aus der Einsicht, daß der Antagonismus der Nationalstaaten durch ein System von Bindungen, durch Selbstbeschränkung der nationalen Akteure, durch Zusammenlegung gemeinsamer Aufgaben und durch die Schaffung gemeinsamer Institutionen überwunden werden muß.

Europa ist nicht nur eine unendliche Geschichte, es ist auch eine beispiellose Erfolgsgeschichte, um die uns außer-

europäische Nationen beneiden. Gelegentlich zeigen Menschen aus anderen Kontinenten auch ihre Verwunderung darüber, daß die Europäer nicht mit mehr Stolz, Freude und Selbstbewußtsein das Erreichte erleben, genießen und vorzeigen. Die Wahrnehmung der europäischen Einigung in der Öffentlichkeit unseres Landes hat in meinen Augen nicht selten etwas Gequältes. Mehr Optimismus würde uns gut stehen. Daß Nationen jenseits der Grenzen der heutigen Europäischen Union ihren künftigen Beitritt als Vollendung ihrer politischen Träume sehen, wird hierzulande nicht immer angemessen gewürdigt.

Der Unternehmensgründer und Stifter Robert Bosch hat schon in den zwanziger Jahren die Vision eines zivilisierten Miteinanders der europäischen Völker nach Kräften gefördert. Die Stiftung, die seinen Namen trägt, weiß sich dieser Vision verpflichtet. Sie entwickelt ihre Programme im europäischen Geist.

Von Jean Monnet, dem geistigen Vater der europäischen Einigungsidee, wird überliefert, er habe gegen Ende seines Lebens bemerkt, hätte er noch einmal mit der europäischen Einigung zu tun, so würde er mit der Kultur beginnen. Darin steckt die Einsicht, daß die Europäische Union nicht nur ein gemeinsamer Wirtschafts- und Währungsraum sein kann und auch nicht mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik schon vollendet ist.

Die Europäische Union muß, wenn sie von ihren Bürgern innerlich getragen werden soll, ihnen – wie die Präambel des Vertragsentwurfs über eine Verfassung für Europa sagt – einen Raum eröffnen, „in dem sich die Hoffnung der Menschen entfalten kann“. Zu diesem Raum gehören indes nicht nur ein gemeinsames Lebensgefühl und gemeinsame Konsumgewohnheiten sowie Erwartungen an Wohlstand und

Daseinsvorsorge, sondern wir werden uns in der Zukunft vor allem auch mit neuen Ungewißheiten auseinandersetzen müssen.

Dazu gehört die besorgniserregende demographische Entwicklung, das erhebliche Wohlstandsgefälle zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die sichtbare Überforderung und Überdehnung der sozialstaatlichen Systeme und, nach außen: die Einordnung Europas in die Weltpolitik und die Neujustierung seiner Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten, unter deren Schutz – was wir nicht vergessen sollten – die europäische Einigung überhaupt erst möglich wurde.

Wenn wir also an den Raum denken, in dem die genannten Aufgaben zu lösen sind und „in dem sich die Hoffnung der Menschen entfalten“ können soll, dann müssen wir vor allem auch über Werte nachdenken, die Europa zusammenhalten können.

Sie, verehrter Herr Ministerpräsident, haben in Ihrer bedeutenden Rede in der Humboldt-Universität zu Berlin im April des vergangenen Jahres auf die Unverzichtbarkeit der geistigen und geschichtlichen Traditionen Europas für eine gelungene Verfassungsgebung hingewiesen, vor allem auf die Unverzichtbarkeit der Werte, wie Menschenwürde, Freiheit und Demokratie, Rechtsstaat, Toleranz, Gerechtigkeit und Solidarität.

Als Regierungschef unseres Bundeslandes treten Sie für diese Werte ein, was auch Ihre politischen Gegner nicht in Zweifel ziehen. Als Bürgermeister und Abgeordneter, als Staatssekretär, Fraktions- und Parteivorsitzender und schließlich als Ministerpräsident haben Sie immer wieder darauf hingewiesen, daß Wertüberzeugungen nicht von selbst die politische Ordnung durchdringen. Sie müssen vielmehr gelebt und mit den Interessen der Menschen in Einklang gebracht werden.

Als Mitglied des Europäischen Konvents, der den Entwurf einer Europäischen Verfassung erarbeitet hat, haben Sie sich daher für Institutionen eingesetzt, in denen sich die Menschen wiedererkennen können, mit ihren Werten und mit ihren Interessen. An anderer Stelle haben Sie die politische Klasse unseres Landes zur politischen Redlichkeit ermahnt und auf die Gefahr eines Europa ohne Europäer hingewiesen.

Wir sind deshalb besonders dankbar, daß Sie heute zu uns sprechen zu Grundfragen der Europäischen Union, zu „Europa im Umbruch“. Herr Ministerpräsident, lieber Herr Teufel, wir freuen uns auf Ihren Vortrag!



Erwin Teufel

Europa im Umbruch

Erwin Teufel

Ich bedanke mich für die so freundliche Einführung in das Thema, und ich freue mich sehr, daß ich Ihnen heute abend begegnen darf und daß Sie sich im Unterschied zu vielen für Europa interessieren. Wir haben gerade im Zusammenhang mit den europäischen Wahlen breit die Tatsache des Fehlens einer europäischen Öffentlichkeit und des Desinteresses an europäischen Fragen diskutiert.

Ich betrachte die Einladung als ausgesprochen ehrenvoll, denn ich habe viele Stiftungsvorträge der Robert Bosch Stiftung gehört und andere regelmäßig nachgelesen. Ich finde, das ist eine Institution geworden. Sie wissen, ich schätze das Haus Bosch außerordentlich, die Unternehmenskultur dieses Hauses, ich schätze die Bosch Stiftung, weil sie bahnbrechende Arbeit der europäischen Versöhnung, der Begegnung und der europäischen Zielformulierung geleistet hat. Deswegen habe ich die Einladung wirklich gerne angenommen.

Ich schätze die Bosch Stiftung, weil sie sich von Anfang an engagiert hat im Bereich der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Diese Stiftung schlägt seit vielen Jahren wichtige Brücken zu den Menschen und Völkern in Polen und in ganz Mittel- und Osteuropa. Und Ihre Stiftung pflegt auch die deutsch-amerikanischen Beziehungen. Wir alle wissen, daß diese Pflege gerade heute wieder von besonderer Bedeutung ist. Die Robert Bosch Stiftung ist deshalb auf allen drei Feldern aktiv, auf die es heute in der Europapolitik ankommt: Westeuropa, Osteuropa und die USA werden hier als eine unverbrüchliche Einheit verstanden. Dies entspricht auch meiner ganzen Überzeugung. Wir dürfen auf gar keinen Fall

in eine Auseinandersetzung oder eine Wahl zwischen Paris und Washington hineingetrieben werden, sondern es ist und bleibt deutsche Regierungskunst, daß dieses Land in der Mittellage Europas in jede Richtung freundschaftliche Beziehungen pflegt.

Europa – das ist für mich weit mehr als ein Staatenverbund. Europa ist auch mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft. Das vereinte Europa ist für mich die späte Lehre aus der Geschichte, die Verwirklichung eines großen Traumes. Eines Traumes, der seit der Aufklärung geträumt wird. Denken wir nur daran, daß schon der französische Schriftsteller Victor Hugo die Brüderlichkeit der Menschen und die Brüderlichkeit der Staaten Europas beschworen hat. Eines Traumes aber auch, der in den Trümmern zweier Weltkriege endgültig erloschen schien.

Nur wenige können sich heute noch vorstellen, wie es nach 1945 in Europa ausgesehen hat: Die Länder lagen am Boden, der Kontinent in Schutt und Asche. Hoch zivilisierte Menschen und Nationen hatten sich auf die barbarischste Weise bekriegt und auch vernichtet. Der Krieg ging von Deutschland aus. 50 Millionen Tote. Das ist keine statistische Zahl, 50 Millionen Menschen sind ihren je persönlichen Tod gestorben. Die Völker waren verfeindet, die Wunden saßen tief. In dieser Situation konnte wirklich nur noch ein Wunder helfen. Die Erinnerung an die Invasion der Alliierten in der Normandie vor 60 Jahren hat uns allen vor wenigen Tagen wieder schlagartig bewußt gemacht, daß sich in den vergangenen Jahrzehnten tatsächlich ein Wunder in Europa ereignet hat: Das Wunder der Versöhnung der Völker und der Vereinigung Europas. Niemand hat davon mehr profitiert als das Land am Rhein: Baden-Württemberg mit der längsten Grenze zu Frankreich. An dieser Grenze ist man sich in der Geschichte bestenfalls Rücken an Rücken gegenübergestan-

den, sehr häufig aber wirklich im Gegeneinander. Alle 30 Jahre wurde zusammengeschlagen, was vorher mühselig wiederaufgebaut worden war.

Robert Schuman, der Lothringer, hat als französischer Außenminister als erster die Hand ausgestreckt nach dem Restdeutschland Westdeutschland, das nach den Verträgen von Jalta und Potsdam übrig geblieben war. Die Gründerväter der Römischen Verträge – Jean Monnet, er ist zu Recht gerade gewürdigt worden, Alcide de Gaspari, Robert Schuman, Konrad Adenauer, Paul Henri Spaak und auch Winston Churchill – suchten nach dem Krieg ein neues Denken. Sie fanden es in der Idee des Vereinten Europa. Ziel war es – so Winston Churchill in seiner großen Rede in Zürich im September 1946 –, „daß man die europäische Familie oder doch einen möglichst großen Teil davon wiederaufrichtet und ihr eine Ordnung gibt, unter der sie in Sicherheit, Frieden und Freiheit leben kann.“ Nationalismus, Faschismus, Totalitarismus, Völkerhaß, Krieg, Vertreibung, Völkermord – das alles sollte es in einem vereinten Europa nie wieder geben. Statt dessen sollten sich die Staaten und Völker verbinden und verbünden und immer enger zusammenschließen – in einer Gemeinschaft des Friedens und auf der Basis gemeinsamer Werte.

Heute können wir sagen: Die Versöhnung der ehemals verfeindeten Völker ist in Europa Realität geworden. Das Land in der Mittellage Europas, Deutschland, das nie wußte, wohin es gehört, und von dem seine Nachbarn nie wußten, wohin es sich orientiert, hat sich ganz eindeutig nach Westen orientiert. Das war nicht nur eine geographische Orientierung nach Westen, das war eine Orientierung hin zu den freiheitlichen Demokratien des Westens und zu den freiheitlichen Verfassungsordnungen unserer westlichen Nachbarn. Die Menschen haben alte Feindseligkeiten überwunden, sie

haben überkommene Vorurteile abgelegt, und sie haben sich auf gemeinsame Werte verständigt. Die Wahrung der Menschenrechte, Rechtsstaat und Demokratie – all dies ist heute feste Grundlage aller EU-Staaten, und die erste Europäische Verfassung ist nun sichtbarer Ausdruck davon.

Viele Menschen halten das heute schon für selbstverständlich. Aber es ist nicht selbstverständlich. „Der Friede ist kein Naturzustand“, sagte Immanuel Kant, „also bedarf es in jeder Generation der Friedensstifter.“ Vergessen wir nicht, daß in Griechenland, Spanien und Portugal noch in den siebziger Jahren autoritäre Regime existierten, in denen nicht Bürger, sondern Militärs das Sagen hatten. Vergessen wir nicht, daß europäische Staaten in Mittel- und Osteuropa noch vor 15 Jahren durch die sowjetische Hegemonialmacht von der Europäischen Union ferngehalten wurden. Ich vergesse nicht, was mir der erste frei gewählte ungarische Ministerpräsident, Josif Antal, vor zwölf Jahren in Budapest gesagt hat. Er sagte wörtlich: „Wir kehren zurück nach Europa, aber das ist eigentlich ganz falsch. Wir haben uns nie von Europa verabschiedet, sondern wir sind gewaltsam davon abgehalten worden, uns der Europäischen Union anzuschließen.“ Vergessen wir nicht, daß es vor nicht einmal zehn Jahren auf dem Balkan mitten in Europa Kriege, Vertreibungen gegeben hat, die Europa nicht verhindern konnte, und daß einige Länder nur durch Militärpräsenz europäischer Staaten bis zum heutigen Tag in einem Zustand des Waffenstillstands gehalten werden können.

Das vereinte Europa, das lehrt der Blick zurück, ist zuallererst ein Projekt des Friedens. Ein Projekt der Verständigung und der Versöhnung. Das ist und bleibt die wichtigste europäische Aufgabe! Weil ich will, daß das 21. Jahrhundert für unsere Kinder und Enkel so aussieht wie die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts und nicht wie die erste Hälfte

des 20. Jahrhunderts: Deswegen engagiere ich mich leidenschaftlich für Europa.

Europa, sagte ich, ist eine Friedens- und Wertegemeinschaft. Europa ist von Beginn an aber auch ein zukunftsorientierter Wirtschaftsraum und inzwischen auch Währungsraum. Es ist eine Tatsache, daß das geeinte Europa nur auf einer gesunden wirtschaftlichen Basis gedeihen konnte: Freie Märkte, freier Handel, eine abgestimmte Währungspolitik, zuletzt sogar eine gemeinsame Währung haben die EU zu einem gemeinsamen Wirtschaftsraum und zu einer Zone der Prosperität werden lassen. Dazu kommt eine Regional- und Strukturpolitik, die alle Staaten und Regionen der EU am wirtschaftlichen Erfolg der ganzen Gemeinschaft teilhaben läßt. Die EU ist also nicht nur eine Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft, sie ist auch eine Solidargemeinschaft.

Heute, im Rückblick von bald 50 Jahren, können wir sagen: Die Europäische Union ist in jeder Hinsicht eine Erfolgsgeschichte geworden – ich nehme Ihren Begriff gerne auf –, eine Erfolgsgeschichte mit Rückschlägen, mit gescheiterten Regierungskonferenzen, mit unendlichen Nachtsitzungen, mit fünf Tagen und vier Nächten in Nizza bei der letzten großen Regierungskonferenz, aber in der Summe eine einzige Erfolgsgeschichte. Dieses Europa steht für die großen Verheißungen unserer Zeit. Für die Verheißung von Frieden und Freiheit. Für die Verheißung der Überwindung von Hunger und Elend. Für die soziale Gerechtigkeit.

So ist es kein Wunder, daß dieses Europa wie ein Magnet auf viele Menschen wirkt und immer wieder neue Staaten an die europäische Tür anklopfen. Am 1. Mai sind nun zehn weitere Mitgliedstaaten auf einmal der Europäischen Union beigetreten. Die Menschen Mittel- und Osteuropas haben jahrzehntelang auf diesen Moment gewartet. Sie haben sich über zehn Jahre mit einem beispielhaften Reformprozeß auf

den Beitritt vorbereitet. Sie haben die Rechtsordnung der Europäischen Union übernommen und damit eine sozialistische Planwirtschaft abgelöst. Es waren gewaltige Anpassungsreformen und auch Zumutungen für die Bürger durch diese Rechtsangleichungen erforderlich.

Und nun ist es soweit: Polen, Ungarn, Slowenen, Tschechen, Slowaken und Balten – sie alle kehren zurück nach Europa. Die Mitgliedschaft in der EU bedeutet für diese Länder, die nach 1945 von Moskau abhängig und zwangsweise vom Westen abgetrennt waren, die endgültige Überwindung der in Jalta beschlossenen Teilung Europas. Vorbei die Zeiten des „Eisernen Vorhangs“. Vorbei die Zeiten, in denen die Menschen dort der Grundfreiheiten und ihrer Würde beraubt und von dem großen europäischen Einigungsprozeß abgeschnitten waren. Mit diesem Beitritt ist die Spaltung Europas nach der großen Zeitenwende des Jahres 1989 nun endgültig überwunden. Jetzt sind auch die Völker Mittel- und Osteuropas gleichberechtigte Mitglieder im vereinten Europa. Das einstige Westeuropa der Sechs, erweitert nach Süden, nach Westen, nach Norden, weitet sich damit zu einem großen Gesamt Europa. Vereint vom Nordkap bis Sizilien, von Zypern bis Schottland, von Estland bis Andalusien und Malta.

Europa hat allen Grund, sich seiner Identität zu vergegenwärtigen und diesen historischen Schritt zu feiern. Europa hat nach dem Beitritt der Zehn und nach der nächsten Erweiterungsrunde mit Rumänien, mit Bulgarien, mit Kroatien aber auch allen Grund, über seine Grenzen nachzudenken. Die Europawahl hat gezeigt, daß die EU in den kommenden Jahren sehr behutsam vorgehen muß. Wenn neugegründete Parteien in klassischen Mitgliedsländern der Europäischen Union, die sich gegen die Europäische Union wenden, 20 Prozent auf Anhieb bekommen bei der Europawahl, dann ist das, glaube ich, sehr wohl ein Alarmzeichen, das auch zur

Besinnung mahnen muß. Es ist nicht zu übersehen, daß in vielen Ländern die Europaskepsis zugenommen hat. Nicht nur in Großbritannien, auch in Polen, in Frankreich, in vielen kleineren Staaten. Wenn sich jetzt Europa zuviel vornimmt, ehe der Beitritt der Zehn einigermaßen konsolidiert ist, das ist die Botschaft dieser Wahl, wird es morgen vielleicht mit leeren Händen dastehen!

Europa darf sich jetzt nicht selbst überfordern. Das europäische Projekt darf nicht scheitern. Europa muß in eine bessere Verfassung kommen. Die Europäische Union muß nun vorrangig darauf achten, daß sie deutlich bürgernäher und demokratischer wird, daß sie von den Menschen her gedacht wird und von unten nach oben aufgebaut und nicht den Bürgern über den Kopf gestülpt wird, daß sie integrationswillig und integrationsfähig bleibt, daß sie ihre Handlungsfähigkeit behält und daß sie die gehegten Erwartungen der alten und neuen Mitgliedstaaten auch erfüllen kann.

Die Vertiefung und Erweiterung der EU beanspruchen in den kommenden Jahren so viel Kraft, so viel Geld und so viel Einigungswillen, daß sich Europa nicht noch weitere Aufgaben aufbürden kann, wenn es nicht alles aufs Spiel setzen will. Ich sage das deshalb mit aller freundschaftlichen Gesinnung, aller gebotenen Zurückhaltung und dennoch aller Klarheit, daß nach meiner Überzeugung die Europäische Union derzeit die Aufnahme der Türkei nicht verkraften kann. Ich weiß, viele Menschen in der Türkei, aber auch in Marokko, in Tunesien, in Rußland, in der Ukraine, in Israel wünschen sich die Aufnahme in die Europäische Union. Sie wollen Anschluß finden an Freiheit, Wohlstand und Fortschritt in Europa. Das ist verständlich und auch erfreulich. Hier zeigt sich, daß die Verheißungen Europas noch immer wirken. Europa kann und wird diesen Völkern und Staaten deshalb nicht die Türe vor der Nase zuschlagen, schon gar nicht der

Türkei gegenüber, der seit über zwei Jahrzehnten Hoffnungen für eine Mitgliedschaft gemacht werden. Europa wird diesen Ländern andere Lösungen anbieten müssen – Lösungen außerhalb und unterhalb der Vollmitgliedschaft.

Niemand bestreitet, daß die Türkei ein wichtiges Land in einer schwierigen geopolitischen Lage ist, wenn es darum geht, eine Brücke zwischen Europa und der islamischen Welt und Vorderasien zu schlagen. Die Türkei ist traditionell deutschfreundlich. Das weiß jeder, der mit Türken zu tun hat und in der Türkei war. Ihre intellektuelle Führungsschicht ist nach Westen orientiert, und daran können wir nur ein Interesse haben. Ich begrüße es daher ausdrücklich, daß die Robert Bosch Stiftung nun auch auf diesem wichtigen Feld aktiv geworden ist und verschiedene Projekte zum christlich-islamischen Dialog und zum deutsch-türkischen Verständnis begonnen hat.

Ich bin der Meinung, daß der Türkei ein Sonderstatus zukommen muß, etwa eine privilegierte Partnerschaft, jedoch nicht eine Vollmitgliedschaft. Ich bin fest davon überzeugt: Das vereinte Europa wäre sowohl wirtschaftlich wie auch integrationspolitisch überfordert. Ich weiß nicht, ob sich jeder einmal die Größenverhältnisse vorgestellt hat. Von den zehn Mitgliedern, die jetzt auf 1. Mai Mitglied der Europäischen Union geworden sind, sind neun kleiner als Baden-Württemberg. Da ist ein Aufholprozeß in wirtschaftlicher Hinsicht sehr viel leichter zu bewerkstelligen als bei einem 60-Millionen-Volk, das bei einer Wirtschaftskraft, gemessen am europäischen Durchschnitt, von noch nicht 25 Prozent angekommen ist. Die Türkei ist kein europäisches Land. Wenn sie in die EU aufgenommen würde, gäbe es keine Grenze mehr. Ich habe die anderen Länder genannt, nicht ohne Grund, deren Regierungsvertreter schon offiziell erklärt haben, daß sie die Absicht hätten, in die EU aufgenommen zu werden.

Für mich sind hier allein politische und wirtschaftliche Kriterien entscheidend. Religionspolitische Überlegungen, wonach die Türkei nicht aufgenommen werden kann, weil es ein islamisch geprägtes Land ist, spielen für meine Haltung keine Rolle! Wir haben in der Europäischen Union heute schon 16 Millionen Muslime als Mitbürger.

Meine Damen und Herren, die Erweiterung am 1. Mai und die Europawahlen vom 13. Juni haben gezeigt, daß Europa heute an einem Scheidepunkt steht. Das vereinte Europa steht vor der größten Bewährungsprobe seiner Geschichte! Fragen über Fragen türmen sich auf: Ist das erweiterte Europa überhaupt noch finanzierbar? Ist das Europa von 25 souveränen Staaten mit Einzelinteressen überhaupt noch politisch handlungsfähig? Wie schaffen wir ein demokratisches, ein bürgernahes Europa? Wie erhalten wir oder erwerben wir neu die Akzeptanz bei den Bürgern? Es gehen ja nicht nur Volksabstimmungen in einer ganzen Reihe von Mitgliedsländern schief. In Deutschland haben wir seit zehn Jahren keine 51 Prozent Zustimmung mehr in monatlichen Umfragen. Das waren früher über drei Jahrzehnte hinweg über 70, fast 80 Prozent Zustimmung; inzwischen krepieren wir auch bei 47 Prozent herum. Wie gehen wir mit der Bedrohung durch den Terrorismus um? Was macht überhaupt das Wesen Europas aus, und wohin will Europa gehen? Worauf läuft der ganze Integrationsprozeß hinaus? Das Stichwort Finalität der Europäischen Union ist damit angesprochen.

Das sind die Fragen, die die Politik beantworten muß. Es sind die Fragen, die die Bürger bewegen. Fragen auch, die viele Bürger beunruhigen. Umfragen belegen, daß viele Bürger in West- und Osteuropa den kommenden Entwicklungen mit Skepsis und mit Sorge begegnen. Die Osterweiterung zum 1. Mai hatte in Deutschland nach einer Umfrage von Allensbach, die wenige Tage vor dem 1. Mai in der Frank-

furter Allgemeinen Zeitung veröffentlicht worden ist, keine Mehrheit in der deutschen Bevölkerung. Das ist bedauerlich, aber diese Fakten und diese Sorgen müssen wir ernst nehmen!

Die Einführung des europäischen Binnenmarkts, die Öffnung der Grenzen in Schengen, die Abschaffung der Deutschen Mark, die Einführung des Euro und nun die Osterweiterung der Europäischen Union – alles ging am Ende doch sehr schnell. Wir sollten uns nicht darüber wundern, daß viele Menschen verunsichert sind. Es ist nicht so, daß sich die Menschen nun von Europa abwenden: Die Bürger bejahen nach wie vor mit dem Verstand und mit dem Herzen Europa als eine Friedens- und Wertegemeinschaft. Sie freuen sich über offene Grenzen, sie schätzen die Begegnungen in ganz Europa. Aber viele Menschen machen sich Sorgen, und einige haben sogar Angst: Angst vor einem zentralistischen, bürgerfernen, bürokratischen Europa, Angst vor eigenem sozialen Abstieg. Umfragen zeigen, daß viele Menschen materielle Einbußen als Folge der EU-Osterweiterung fürchten. Europa wird nun beweisen müssen, daß diese Sorgen und Ängste unbegründet sind!

Ich bin überzeugt: Die Osterweiterung birgt für Europa, vor allem auch für Deutschland, große Chancen. Sie kostet auch Geld, das sollte man den Bürgern ganz offen sagen. Das ist lange nicht gemacht worden. Aber man muß hinzufügen, daß dieses Geld eine Investition darstellt, daß es sich mittelfristig auszahlt. Und ich sage auch immer: Auch wenn es viel Geld kostet, es ist viel billiger, als was wir uns in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts geleistet haben. Aktuelle Umfragen belegen, daß gerade unsere exportorientierten mittelständischen Betriebe mit positiven Erwartungen die Osterweiterung betrachten. Ich halte viele Befürchtungen, die geäußert werden, für ebenso unbegründet wie seinerzeit bei der Süderweiterung der Union. Vorausgesetzt: Das ver-

einte Europa begreift die Tiefe der jetzigen Herausforderung. Diese Erweiterung ist in mehrerlei Hinsicht nicht mit den vorhergehenden Erweiterungen zu vergleichen: Nie zuvor hat die EU so viele und wirtschaftlich so schwache Länder zugleich aufgenommen. Dazu kommt, daß die Menschen in den Beitrittsstaaten besonders hohe Erwartungen haben, weil sie Licht am Ende eines langen, langen Tunnels erhoffen.

Gleichzeitig hat aber Westeuropa die finanziellen Mittel verloren, um den Aufbau der mittel- und osteuropäischen Länder nachhaltig zu fördern. Die Zahlerländer, vor allem Deutschland, wehren sich leidenschaftlich dagegen, nun überhaupt einen Euro mehr aufzuwenden trotz des Beitritts von zehn Ländern auf einmal. Frankreich und Deutschland – vierzig Jahre lang die dominierenden Staaten der europäischen Integration – sind heute wirtschaftlich erheblich geschwächt. Aber niemand kann und will in die Bresche dieser beiden Staaten einspringen, die bisher den europäischen Motor in Gang hielten. Staaten, die längst die durchschnittliche Wirtschaftskraft der EU erreicht haben und übertreffen, denen man geholfen hat mit hohen Kohäsions- und Fördermitteln, die ihnen zum Beginn des Beitritts zugestanden wurden, wollen sie auch unter völlig veränderten Umständen heute nicht aufgeben. Durch das Einstimmigkeitsprinzip, das bis zum heutigen Tag gilt, können sie verhindern, daß es zu veränderten Finanzzuweisungen kommt. Das heißt, die Empfängerländer denken heute leider nicht daran, ähnlich großzügig die Solidarität zurückzugeben. Die Folge: Enttäuschungen im Osten, Überforderungen im Westen Europas sind vorprogrammiert.

Deutschland und Frankreich müssen alles daran setzen, ihre frühere Wirtschaftskraft wiederzuerlangen. Im eigenen Interesse, aber auch im Interesse Europas! Die Geschichte hat gezeigt: Das geeinte Europa kann nur auf einer gesunden

wirtschaftlichen Basis gedeihen! Die Europäische Union kann die Integration nach innen und die globale Verantwortung und weltpolitische Rolle, die ihr nun zuwächst, nur dann leisten, wenn sie auch in Zukunft ein dynamisch-prosperierender Wirtschaftsraum bleibt.

Doch wie steht es damit – heute, im Jahre 2004? Auf Ganze gesehen ist das wirtschaftliche Bild Europas derzeit wenig erfreulich. Vom in der Lissabonner Agenda im Jahr 2000 erklärten Ziel, Europa bis 2010 zur weltweit dynamischsten und wettbewerbsstärksten Region zu entwickeln, ist man weit entfernt. Woran liegt das? Es liegt daran, daß einige Länder, vor allem aber Deutschland als die mit Abstand wichtigste und größte Volkswirtschaft, sich in einer strukturellen Wachstumskrise befinden. Deutschland rangiert heute in Europa bei allen wichtigen Wirtschaftsdaten wie Wachstum, Beschäftigung, Haushaltsdefizit auf den hinteren Plätzen. Der Kontrast könnte kaum größer sein: Die Bundesrepublik war über Jahrzehnte *der* wirtschaftliche Motor der Europäischen Gemeinschaft. Sie setzte Maßstäbe in Sachen Technologie und Innovation. Und sie war Leitbild ordnungspolitischer Prinzipien und stabilitätspolitischer Erfolge. Es ist sicherlich nicht vermessen, wenn ich behaupte, daß diese deutschen Errungenschaften bei der Gestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion einen heilsamen, für ganz Europa positiven Niederschlag fanden. Es ist daher ein Trauerspiel, daß ausgerechnet Deutschland, das den Stabilitätspakt eingefordert und anderen aufgefordert, durchgesetzt hat, nun selbst Jahr für Jahr gegen diesen Pakt verstößt! Das ist ein sehr schlechtes Beispiel, und viele andere Länder werden sich darauf berufen, wenn sie glauben, irgendeine europäische Norm nicht einhalten zu können.

Deutschland, aber auch Frankreich und einige andere Länder müssen sich daher endlich zu wirklich tiefgreifenden

Wirtschafts- und Sozialreformen durchringen. Vor allem müssen sie wieder bereit sein, von anderen etwas zu lernen: Beispielsweise von der Slowakei in Sachen Steuersystem. Oder von Dänemark, wie man ein hohes Maß an Sozialstaatlichkeit mit einem flexiblen Arbeitsmarkt verbindet. Oder von den Niederlanden einiges zur Frage einer zukunftsorientierten, beschäftigungsfördernden Tarifpolitik. Und von Spanien, wie man einen defizitären Staatshaushalt innerhalb weniger Jahre sanieren und nachfolgend sogar Haushaltsüberschüsse erwirtschaften kann. Oder von Großbritannien, das vor 25 Jahren die Hälfte unseres Bruttosozialprodukts pro Kopf der Bevölkerung erarbeitet hat und uns heute überholt hat. Aber was spreche ich von Großbritannien. Ich war vor drei Wochen in Island. 280 000 Menschen, Hauptexport nach wie vor Fischwirtschaft. Island hat die Bundesrepublik Deutschland im Pro-Kopf-Einkommen überholt. Island! Von Island sind wir übertroffen, nicht nur von anderen europäischen Ländern.

Es gäbe also vieles, was wir Deutsche lernen könnten – selbstverständlich auch beim wirtschaftlichen Blick über den Atlantik. Ich habe keinen Zweifel: Die Osterweiterung bringt für Deutschland wirtschaftliche Chancen. Aber – und das muß ebenso klar und deutlich gesagt werden: Die Osterweiterung wird auch zum Prüfstein für die Wettbewerbsfähigkeit, die Reformbereitschaft und die Reformfähigkeit Deutschlands! Ob das nun die Frage einer radikalen Steuerreform ist, der Entkopplung eines Teils der Sozialbeiträge von den Arbeitskosten oder die Frage einer Arbeitszeitverlängerung – wir können nicht erwarten, daß andere Länder ihre Steuer- und Sozialsysteme nach deutschen Befindlichkeiten ausrichten. Nein, Deutschland muß sich nicht nur dem globalen, es muß sich auch dem innereuropäischen Wettbewerb stellen. Und dazu gibt es überhaupt keine Alternative. Wir müssen end-

lich wieder unsere ureigenen Stärken offensiv zur Geltung bringen: Das geballte Know-how in Wissenschaft und Forschung, eine in Jahrzehnten gewachsene Erfahrung auf den Märkten rund um den Globus und unseren deutschen Sinn für Qualität, Zuverlässigkeit, für Technik und Präzision. Deutschland muß wirtschaftlich wieder zum Wachstumsmotor werden und darf nicht länger die rote Laterne tragen. Das sind wir uns – und das sind wir Europa schuldig!

Meine Damen und Herren, das Jahr 2004 wird sicherlich als ein bedeutendes, vielleicht sogar als ein schicksalhaftes Jahr für Europa in die Geschichte eingehen. In diesem Jahr werden wichtige Weichen gestellt. Das Tor nach Mittel- und Osteuropa ist aufgestoßen. Und nun ist die vom Europäischen Konvent erarbeitete europäische Verfassung von der Regierungskonferenz und dem Europäischen Rat am Wochenende verabschiedet worden. Die Verfassung muß nun von 25 Staaten nach ihrem je nationalen Verfassungsrecht ratifiziert werden, das heißt in einem halben Dutzend Staaten durch Volksabstimmung, in Deutschland durch Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag und Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundesrat.

Ich behaupte: Die Erweiterung der EU und die Verabschiedung der EU-Verfassung bedeuten zusammen genommen nicht weniger als eine zweite Gründung Europas! Die westeuropäische Gemeinschaft hat fünfzig Jahre lang funktioniert, gut funktioniert. Aber so, wie sie ist, taugt sie nicht für die nächsten fünfzig Jahre und nicht für 25 Mitgliedstaaten. Wir stehen jetzt vor der Aufgabe, ganz Europa in eine bessere Verfassung zu bringen und ihm letztlich auch eine kulturelle und geistige Vision zu geben.

Lassen Sie mich auch deswegen einige Sätze zum Verfassungsvertrag sagen, den die Staats- und Regierungschefs am vergangenen Freitag abend verabschiedet haben. Der Ver-

fassungsentwurf lehnt sich äußerst eng an den Text des Europäischen Konvents an, an dem ich mitgearbeitet habe. Diese neue Verfassung macht Europa demokratischer, transparenter und effizienter. Der Verfassungsvertrag gestaltet eine „Verfaßtheit Europas“, in der die wesentlichen Regelungen einer modernen Verfassung enthalten sind: mehr Bürgernähe durch die Einbeziehung der Grundrechte-Charta, eine Definition der europäischen Werteordnung, Gewaltenbegrenzung und Gewaltenteilung, Stärkung der Handlungsfähigkeit nach innen durch eine klare – am Subsidiaritätsprinzip orientierte – Ordnung der Kompetenzen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten, Schärfung des Profils und der Handlungsfähigkeit nach außen, insbesondere durch eine einheitliche Rechtspersönlichkeit, die die EU künftig darstellt, durch einen länger, nämlich zweieinhalb Jahre statt einem halben Jahr, amtierenden Präsidenten des Europäischen Rates, ferner durch das neugeschaffene Amt eines Europäischen Außenministers, der einen diplomatischen Dienst bekommt und der Europa nach außen ein Gesicht verleiht.

Die klaren Gewinner des Verfassungsprozesses aber sind die Parlamente und damit letztlich die Bürger, denen damit wieder mehr an Entscheidungsmacht in europäischen Angelegenheiten zukommt. Wenn ich „die Parlamente“ sage, meine ich natürlich zuerst das Europäische Parlament, zum ändern aber auch die nationalen Parlamente. Das Europäische Parlament arbeitet nach dem Verfassungsentwurf nun auf absoluter Augenhöhe mit dem Ministerrat. Das ist bisher nicht der Fall, und das wissen die wenigsten Leute. Bisher ist Hauptgesetzgeber der Europäische Rat. Er ist das einzige demokratische Parlament der Welt, das nichtöffentlich tagt. Wie soll also da europäische Öffentlichkeit entstehen? In der Verfassung steht, daß der Europäische Rat als Gesetzgeber künftig öffentlich tagt. Schon das ist eine enorme Verbesse-

zung. Und das Europäische Parlament wird künftig die exakt gleichen Zuständigkeiten haben wie der Europäische Rat, und zwar sowohl in der Gesetzgebung wie im Haushaltsrecht. Das ist bisher überhaupt nicht der Fall. Das heißt, wir werden mittelfristig eine Bürgerkammer haben, nämlich das Europäische Parlament, und wir werden eine Staatenkammer haben, nämlich den Europäischen Rat.

Und nun ist ein großes Novum: Wir haben das Subsidiaritätsprinzip, nämlich das Denken von unten nach oben, das ursprüngliche Recht bei der Gemeinde, bei der Stadt. Nur dort, wo diese überfordert ist, bei der Region, beim Land, und nur dort, wo die Region und das Land überfordert sind, beim Nationalstaat, beim Bund. Nur das sind europäische Aufgaben, die über die Kraft des Nationalstaates hinausgehen. Wir haben dieses Subsidiaritätsprinzip zum ersten Mal verankert im Vertrag von Maastricht, wiederholt und konkretisiert im Vertrag von Amsterdam. Aber es ist bisher eine Deklaration und keine Realität der Verfassung. Es ist also für mich fast das Ei des Kolumbus, auf das man gekommen ist nach einigen Monaten Diskussion: Nun wird eine echte Kontrolle eingeführt, und zwar durch die nationalen Parlamente, durch sämtliche nationalen Parlamente, also bei uns durch den Bundestag und den Bundesrat.

Das soll so funktionieren: Wenn eine europäische Norm von der Kommission kommt – sie ist nach wie vor zuständig für den Entwurf von Gesetzen –, dann geht sie gleichzeitig, wenn sie zum Rat und ins Europäische Parlament geht, in jedes nationale Parlament. Jedes nationale Parlament hat die Möglichkeit, sechs Wochen dazu Stellung zu nehmen, nicht zum Inhalt, sondern zur Frage: Ist die Kompetenz verletzt? Ist das Subsidiaritätsprinzip beachtet, wie es in der Verfassung steht? Wir haben wie im Grundgesetz drei Artikel. 1. Artikel: Wofür ist Europa allein zuständig? 2. Artikel: Was

sind gemischte Zuständigkeiten? 3. Artikel: Wo hat Europa nur eine ganz begrenzte ergänzende Zuständigkeit? Es gibt übrigens noch einen vierten Artikel: Womit darf sich Europa auf gar keinen Fall befassen, weil es Sache der nationalen Verfassung und Ebene ist?

Subsidiarität und Kompetenzordnung verletzt! Dies kann künftig jedes nationale Parlament nach Brüssel melden. Die Kommission ist nicht gezwungen, diesen Einwand eines nationalen Parlaments zu beachten. Das ist auch vernünftig, sonst wären auf einmal 40, 50 Parlamente Mitgesetzgeber in Brüssel. Aber die Kommission wird sich überlegen, ob sie einen Einwand berücksichtigt oder nicht berücksichtigt, denn jedes nationale Parlament hat am Ende des Gesetzgebungsverfahrens und vor Inkrafttreten der Norm die Möglichkeit, an den Europäischen Gerichtshof zu gehen, und zwar nicht in der Sache, sondern wiederum mit einer Feststellungsklage: Kompetenzordnung, Subsidiarität verletzt? Das ist zum allerersten Mal eine echte Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips und der Kompetenzordnung. Es gibt überhaupt zum ersten Mal eine Kompetenzordnung.

Bisher hat sich Europa so verhalten wie der Freiherr von Reitzenstein, der erste Minister des badischen Großherzogs unmittelbar nach der napoleonischen Zeit. Reitzenstein hat zum badischen Großherzog gesagt: „Wir nehmen, was wir kriegen können.“ Baden hat sich vierzehnfach unter dieser Methode. Und ich sage, das ist die Methode bisher der europäischen Ebene: „Wir nehmen, was wir kriegen können.“ Da es eine Kompetenzordnung nicht gab, hat Europa wirklich an sich gezogen, was es kriegen konnte.

Europa ist aber nicht dann stark, wenn es sich um tausend Aufgaben kümmert und wenn es sich um tausenderlei Aufgaben kümmert, sondern Europa ist dann stark, wenn es sich um die richtigen Aufgaben kümmert. Die richtigen

Aufgaben kann man ganz genau definieren: Es sind die Aufgaben, die über die Kraft des Nationalstaates hinausgehen. Kein Nationalstaat kann sich heute mehr allein verteidigen. Also sind Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik zunehmend europäische Fragen. In einer Welt, die immer mehr zusammenwächst, ist Außenhandelspolitik europäische Aufgabe. Natürlich sind in einem gemeinsamen Markt Fragen des Wettbewerbsrechts europäische Aufgaben; Großforschungspolitik, die Betonung liegt auf Großforschungspolitik, ist eine europäische Aufgabe; grenzüberschreitende Umweltpolitik, etwa Klimaschutzpolitik, ist eine europäische Aufgabe. Wenn man eine gemeinsame Währung hat, ist die gemeinsame Währungspolitik eine europäische Aufgabe. Dann haben wir sie aber im Kern bereits definiert. Und von allem anderen soll Europa die Finger lassen, weil es auf einer anderen Ebene besser, billiger, effizienter, bürgernäher, problemnäher gelöst werden kann.

Das Subsidiaritätsprinzip ist übrigens auch etwas ganz anderes als Dezentralisierung. Es kann im Ergebnis zum Teil zum gleichen führen. Aber Dezentralisierung geht vom Recht der obersten Einheit aus und gibt gütigerweise, wie vom Tisch des armen Lazarus einiges heruntergefallen ist zum Bettler, einiges nach unten, damit sich Europa nicht verschluckt. Nein! Europa muß von unten nach oben aufgebaut werden. Und das ist jetzt zum ersten Mal kontrolliert.

Ob ich mir davon Wunder erwarte? Nein! Meine politische Erfahrung ist: Zentralismus ist wie ein Naturgesetz, wie ein reißender Strom. Wenn man nichts tut, läuft es völlig von selbst, und zwar reißend in Richtung Zentrale. Man muß ständig Dämme bauen, wenn man Föderalist ist, Dämme bauen und abdichten. Und deswegen wird man auch die jetzt gefundene Kontrollmöglichkeit in künftigen Jahren nach gemachten Erfahrungen wieder verbessern müssen. Aber

gegenüber dem, was bisher war, ist das ein unglaublicher Fortschritt, weil es zum allerersten Mal eine Kompetenzordnung gibt und weil diese Kompetenzordnung auch kontrolliert wird. Die beiden Kommissare, die Mitglied des Konvents waren, haben sich nicht ohne Grund so leidenschaftlich dagegen gewehrt. Die Kommission hat eine Sondersitzung gemacht, und Herr Prodi hat bekanntgegeben, daß er und die ganze Kommission gegen diese Kompetenzordnung ist. Das zeigt mir: Sie wird greifen, sie hat Hand und Fuß. Es ist eine Verbesserung, wenngleich man damit nie fertig ist.

Die Stärkung der Parlamente ist also ein wichtiger Beitrag zur Verringerung des viel beklagten Demokratiedefizits der Europäischen Union. Lassen Sie mich noch einige Punkte ansprechen, die die Regierungskonferenz in den letzten Tagen und Wochen zentral beschäftigt haben. Ich beschränke mich dabei auf Themen, die mir und den deutschen Ländern wichtig sind.

Zunächst ein Punkt, der nicht zu meiner Zufriedenheit gelöst ist: Ich hätte mir einen klaren Gottesbezug im Sinne einer „*invocatio Dei*“ wie auch einen Verweis auf die prägende Wirkung des Christentums, also das christliche Erbe Europas gewünscht. Das ist nicht gelungen. Ich glaube, daß wir uns sehr wohl darüber Gedanken machen müssen, was denn Europa ausmacht. Wenn ich mir darüber Gedanken mache, dann muß ich sagen: Das ist griechischer Geist, griechische Philosophie, griechische Kunst. Das ist das römische Recht, das bis zum heutigen Tag die Rechtsordnung der meisten europäischen Länder prägt. Das ist der Ein-Gott-Glaube der Juden. Und das ist auch die christliche Union und Kultur, die fast 2000 Jahre europäische Kultur und Geistesgeschichte prägt. Niemand hat es auf eine kürzere und bessere Formel gebracht als unser erster Bundespräsident und Landsmann Theodor Heuss. Theodor Heuss sagte:

„Europa ist auf drei Hügeln gebaut: auf der Akropolis, auf dem Kapitol und auf Golgatha.“ Kürzer und präziser kann man es nicht sagen. Natürlich kommt dazu der Humanismus, die Aufklärung, die europäische Verfassungsgeschichte.

Das alles und viel mehr macht Europa aus. Wir werden uns darüber Gedanken machen müssen. Ich habe auch nie einen Theologen zitiert, als ich mich für eine Letztverankerung der Grund- und Menschenrechte mit eingesetzt habe, sondern ich habe den amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy zitiert im Konvent, von dem der Satz stammt: „Der Mensch hat seine Rechte nicht aus der Gunst des Staates, sondern unmittelbar aus der Hand Gottes.“ Das heißt, es sind dem Staat vorgegebene Rechte, um die es da geht. Das ist gescheitert, trotz einer Initiative zahlreicher Außenminister in den letzten Wochen, an Frankreich, an Belgien, an Dänemark.

Kurz zur Frage des Abstimmungsmodus im Ministerrat: An dieser Frage war der Europäische Gipfel im vergangenen Dezember gescheitert, am Einwand von Spanien und von Polen. Diese Frage gehörte auch weiterhin bis zuletzt zu den umstrittensten Fragen auf der Regierungskonferenz. Wir sind im Konvent auf den Gedanken einer doppelten Mehrheit gekommen, an der natürlich das größte Land der Europäischen Union, Deutschland, auch ein kardinales Interesse haben muß, eine doppelte Mehrheit, nämlich eine Mehrheit der Staaten und eine Mehrheit der Bürger. Wir haben gesagt: 50 Prozent der Staaten, 55 Prozent der Bürger. Jetzt müssen 55 Prozent der Mitgliedstaaten und 65 Prozent der Gesamtbevölkerung einem grundlegenden Gesetz zustimmen. Die weiteren – komplizierten – Kautelen erspare ich Ihnen. Der Konventsentwurf wäre hier ungleich einfacher und transparenter gewesen. Aber dieser Kompromiß war erforderlich, damit auch Spanien und Polen, die sehr weit auf den Baum gestiegen waren, unter Wahrung des Gesichts wieder her-

untersteigen konnten, und daß auch die osteuropäischen Länder, die kleineren Staaten zustimmen konnten.

In engem Zusammenhang mit dem Abstimmungsmodus im Rat stand noch die Frage, in welchen strittigen Fällen man zusätzlich zur qualifizierten Mehrheit übergehen sollte. Hier hat Großbritannien auf der Zielgeraden auf die Bremse getreten, obwohl Großbritannien schon im Konvent außerordentlich viel erreicht hatte. Aber es hat sich gezeigt: Viele hatten sich hinter dem Rücken von Polen und Spanien versteckt und mußten nun selbst in die Offensive gehen, wenn sie ihre eigenen Interessen durchsetzen wollten. In der Einstimmigkeit verbleiben deswegen unter anderem die Steuerpolitik sowie im Grundsatz auch der Bereich „Justiz und Inneres“. Hier wird es also keine Mehrheitsentscheidungen geben. Hier wird die Möglichkeit einer „Notbremse“ eröffnet, wenn ein Mitgliedstaat Bedenken – wenn auch nur *ein* Mitgliedstaat Bedenken – gegen den Entwurf eines Rahmengesetzes hat, das mit qualifizierter Mehrheit angenommen werden soll. Zum Ausgleich dürfen dann aber die, die in diesem Bereich im Sinne einer Pioniergruppe vorausgehen wollen, dies tun. Es handelt sich hier also dann um eine Art „Kerneuropa im Kleinen“.

Wichtig ist mir, daß es gelang, etwas zu bewahren, was wir im Konvent in allerletzter Minute durchsetzen konnten. Ich meine damit, das Recht festzulegen, wie viele Drittstaatsangehörige zum Zweck der Arbeitsaufnahme in einen Mitgliedstaat einreisen dürfen. Dieses Recht verbleibt in nationaler Zuständigkeit. Es geht also nicht um die 25, um Bürger der 25, sondern um Drittstaaten.

Eine weitere zentrale institutionelle Streitfrage neben dem Abstimmungsmodus im Rat war die Frage der Größe der Kommission. Also wenn man nun 25 Kommissare hat und jeder einen Geschäftsbereich bekommen soll, dann können

Sie die Landwirtschaft wirklich aufteilen in Ackerbau, Viehzucht, Fischerei, Jagd, damit jeder noch irgend einen Geschäftsbereich bekommt. Wir hatten deshalb vorgeschlagen, daß es Kommissare ohne Portefeuille geben sollte. Jetzt ist beschlossen worden: Jedes Land bekommt einen Kommissar. Es gibt also 25, und morgen 28. Und das wird ab dem Jahr 2014, also in der übernächsten Legislaturperiode des Europäischen Parlaments, reduziert auf zwei Drittel, das wären 18 Kommissare. Aber bis dahin geht auch wieder viel Wasser den Bach hinunter. Im Augenblick ist das die Festlegung.

Insgesamt kann ich mich trotz mancher Mängel nur den Worten des Konventspräsidenten Giscard d'Estaing anschließen, der gestern [21. Juni 2004] gesagt hat: „Wir halten diesen Text für gut – gut für Europa und für die Europäer.“ Wir müssen nun dafür sorgen, daß die Bürger auch erfahren, was die Verbesserungen der Verfassung sind. Ich habe mich bemüht, dafür eine kleine Grundlage zu legen.

Europa ist ein Staatsgebilde eigener und ganz neuer Art. Ich bin nach der Erweiterung der EU auf 25 Staaten mehr denn je überzeugt davon, daß das Subsidiaritätsprinzip das entscheidende Organisationsprinzip dieses neuen Staatsgebildes sein muß. Warum? Weil Europa hier vom Kopf auf die Füße gestellt wird. Die Überlegungen zu Europa setzen hier nicht bei den Regierungen und nicht bei den EU-Institutionen an, sondern bei den Bürgern, bei den Kommunen, bei den Regionen, bei den Ländern. Subsidiarität heißt eben, daß eine Aufgabe möglichst nah am Bürger angesiedelt ist.

Lord Dahrendorf hat in seiner Rede zum Landesjubiläum 2002 in unserem Staatstheater gesagt, man müsse zwei Arten von Föderalismus unterscheiden: den Föderalismus von unten und den Föderalismus von oben. Und das ist auch meine Erfahrung. Ich finde, das ist eine sehr wichtige Unterscheidung. Ralf Dahrendorf meinte damals: „Europa muß sich

selbst eindeutig für einen Föderalismus von unten entscheiden.“ Dem kann ich nur zustimmen. Europa sollte sich nicht – etwa unter dem Vorwand der Harmonisierung – mit möglichst vielen Aufgaben befassen, sondern mit den richtigen. „Weniger ist manchmal mehr“, sagt ein Sprichwort. Und das trifft auch für Europa zu. Europa muß soviel Einheit schaffen, wie zwingend nötig, und soviel Vielfalt lassen, wie überhaupt nur möglich, denn alles Uniforme ist uneuropäisch. Vor allem garantiert die Gestaltung Europas nach dem Subsidiaritätsprinzip auch ein bürgernäheres Europa. Ich bin überzeugt: Wenn Europa subsidiär aufgebaut würde, bräuchten wir uns über die Gefahren des Zentralismus oder die Gefahren nationaler Egoismen keine ernsthaften Sorgen machen. Mit einem solchen Europa könnten sich die Menschen identifizieren! Dem würden sie vertrauen.

Ich denke, mit dem vorliegenden Verfassungsentwurf ist eine gute Grundlage für ein solches Europa geschaffen worden. Diese Verfassung gibt entscheidende Impulse sowohl für die Weiterentwicklung der europäischen Integration wie auch für die Zuordnung der Kompetenzen. Und darüber hinaus sind die Grundrechte verbindlich verankert. Und auch das demokratisch gewählte Europäische Parlament wird in seinen Entscheidungsbefugnissen erheblich gestärkt. Hoffen wir jetzt nur, daß diese Verfassung auch wirklich in 25 Staaten angenommen wird! Das ist ein mühseliger Prozeß.

Meine Damen und Herren, von Helmut Kohl stammt der Satz: „Die Region ist unsere Heimat, Deutschland ist unser Vaterland, Europa ist unsere Zukunft.“ Ich denke, Helmut Kohl hat in den Worten „Europa ist unsere Zukunft“ eine Wahrheit angesprochen, die uns erst heute richtig bewußt wird. China, Indien, Südostasien, Lateinamerika – überall in der Welt entstehen derzeit bedeutende und starke Wirtschaftsräume. Die großen Staaten Europas wie Frankreich und

Großbritannien, aber auch Deutschland haben hingegen ihre alte Vorrangstellung verloren. In dieser Situation kann es doch nur eine Antwort geben: Europa muß seine Kräfte bündeln, wenn es in der Welt von morgen Einfluß und Bedeutung behalten will. Darin sehe ich die Aufgabe und Kernkompetenz der Europäischen Union. Das gilt für unsere gemeinsamen Projekte in Industrie und Großforschung, aber es gilt vor allem auch für den Bereich der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Europa kann sich in Zukunft nur mit vereinten Kräften behaupten. Und nur mit vereinten Kräften kann es auch mehr Verantwortung in der Welt übernehmen. Aber auch nur dann, wenn die transatlantische Brücke aufrechterhalten wird. Europa darf sich nicht gegen die Vereinigten Staaten von Amerika definieren. Wer das versucht, wird Europa spalten und nicht einen. Die Spaltung Europas in ein altes und in ein neues Europa, die Spaltung in ein Europa, das den USA wohlgesonnen ist, und in ein Europa, das sich geradezu als Gegenmodell zu den USA versteht, darf es nicht geben!

Europa und die USA teilen gemeinsame Werte: Rechtsstaat, Menschenrechte und Demokratie sind hier entstanden und werden in aller Unvollkommenheit auch prägend bleiben. Europa und die USA gehören einer gemeinsamen Zivilisation an. Ich darf an dieser Stelle nochmals Ralf Dahrendorf zitieren: „Je zersplitterter der Westen ist, desto verwundbarer wird er, und wenn er sich selbst spaltet, dann hat er den Kern seiner Kraft aufgegeben.“ Ich möchte, daß der Westen seine Kraft behält, damit er auch in Zukunft auf andere Kontinente ausstrahlen kann. Das heißt nicht, daß Europa den USA in allem folgen muß. Niemand fordert hier Gefolgschaft, sondern Partnerschaft. Ein offenes Verhältnis unter Freunden, die sich vertrauen und nicht mißtrauen.

Wenn wir eine Entfremdung zwischen Europa und den USA vermeiden wollen, müssen wir beginnen, uns wieder mehr auf unsere gemeinsamen Wurzeln zu besinnen. Diese gemeinsamen Wurzeln liegen in der großen Freiheitsgeschichte und rechtsstaatlichen Verfassungstradition und in Werten und geschichtlichen Erfahrungen, die ich vorher kurz skizziert habe. Große Teile Europas sind ihrer Herkunft und ihrer handlungsleitenden Prinzipien, ihrer kulturellen Prägung unsicher geworden. Sie befinden sich auf dem Weg zu einer Haltung des Relativismus und auch der Orientierungsunsicherheit.

Die Arbeit im Konvent hat mir bewußt gemacht, daß sich Europa auch in diesem Punkt an einem Scheideweg befindet. Ich habe dort beobachtet, daß es in Europa eine große Angst vor jeder Art von Wahrheitsansprüchen gibt. Als Gefahr für die liberale Gesellschaft gilt nicht mehr nur, wer dem anderen seinen Glauben aufzwingen will, sondern schon, wer überhaupt noch einen Glauben hat. Wer sich zu einem Glauben bekennt, zieht schon beinahe den Verdacht der Intoleranz auf sich. Ich halte das für eine bedenkliche Entwicklung. Niemand wird die Augen davor verschließen, welches Unheil gerade in Europa die Verbindung des Missionsgebots mit dem Einsatz irdischer Machtmittel in der Geschichte angerichtet hat. Aber Europa, gerade Europa, hat doch in seiner Geschichte bewiesen, daß es daraus gelernt hat!

Glauben und Toleranz schließen sich nicht mehr aus. Sie gehören zusammen: Nur wer selber eine Überzeugung hat, der kann auch andere Überzeugungen achten und tolerieren! Europa hat sich in einem 2000 Jahre währenden Ringen zu dieser Erkenntnis und der entsprechenden Politik vorgearbeitet. Darin liegt vielleicht sogar die größte Errungenschaft Europas! Ich habe mich im Konvent deshalb auch für

Grund- und Menschenrechte und für diese Grundorientierung eingesetzt. Wir haben das Ergebnis des ersten Verfassungskonvents, der sich nur mit den Grund- und Menschenrechten beschäftigte unter Vorsitz des deutschen Verfassungsrichters und Bundespräsidenten Roman Herzog, im Wortlaut und ohne jede Veränderung in die Europäische Verfassung übernommen. „Wir müssen Europa eine Seele geben“, sagt Jacques Delors, einer der großen Präsidenten der Europäischen Kommission. Das erfordert ein Fundament gemeinsamer Wertüberzeugungen, die unser Handeln leiten.

Ich danke Ihnen für Ihre große Aufmerksamkeit.

Erwin Teufel

<i>1939</i>	in Rottweil geboren
<i>1961</i>	Diplom-Verwaltungswirt
<i>1964-1972</i>	Bürgermeister der Stadt Spaichingen
<i>seit 1972</i>	Abgeordneter des Landtags von Baden-Württemberg
<i>1972-1978</i>	Staatssekretär im Innenministerium sowie Staatssekretär für Umweltschutz
<i>1978-1991</i>	Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion
<i>seit 1991</i>	Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg
<i>seit 1991</i>	CDU-Landesvorsitzender
<i>1996-1997</i>	Präsident des Bundesrats
<i>seit 1998</i>	Vorsitzender der Gewährträger- versammlung der Landesbank Baden-Württemberg
<i>seit 2000</i>	Vorsitzender des Aufsichtsrats der Landesstiftung Baden-Württemberg
<i>seit 2002</i>	Mitglied des Verwaltungsrats der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main
<i>2002-2003</i>	Mitglied des Konvents zur Zukunft Europas

Europa bauen, den Wandel gestalten

Vortragsreihe

Klaus Töpfer

Globalisierung – Konsequenzen für die deutsche Politik in internationalen Organisationen, Oktober 2001

Daniel S. Hamilton

Die Zukunft ist nicht mehr, was sie war: Europa, Amerika und die neue weltpolitische Lage, Februar 2002

Mahmoud Hamdi Zakzouk

Der Islam und Europa – ohne Dialog keine Zukunft, Juli 2002

Janusz Reiter

Die Erweiterung der Europäischen Union – was kommt danach?, Januar 2003

Alfred Grosser

Deutschland, Frankreich, Europa: was war, was ist, was wird?, August 2003

Amos Elon

Die Rolle der Juden im neuen Europa, Februar 2004

Die Robert Bosch Stiftung

Die Robert Bosch Stiftung verkörpert innerhalb der Verfassung des Hauses Bosch die gemeinnützigen und sozialen Bestrebungen des Firmengründers und Stifters Robert Bosch (1861-1942). Sie ist eine der großen unternehmensverbundenen Stiftungen in Deutschland und wurde 1964 gegründet. Innerhalb ihrer Zwecke entwickelt sie Förderungsprogramme und unterstützt modellhafte, praxisbezogene Einzelprojekte, die zeitlich befristet sind.

Derzeit bezieht sich die Förderung auf folgende Bereiche: Wissenschaft in der Gesellschaft, Gesundheit und Humanitäre Hilfe, Völkerverständigung sowie Jugend, Bildung und Bürgergesellschaft. Die internationalen Aktivitäten der Stiftung konzentrieren sich auf Frankreich, die USA, die Türkei sowie Länder Mittel- und Osteuropas. 2003 wurden rund 49 Millionen Euro für Fördervorhaben bewilligt.

ROBERT BOSCH STIFTUNG

Robert Bosch Stiftung GmbH
Heidehofstraße 31
70184 Stuttgart

E-Mail: info@bosch-stiftung.de
www.bosch-stiftung.de

Herausgegeben von der Robert Bosch Stiftung
Foto: Susanne Kern
August 2004

Die Deutsche Bibliothek – CIP Einheitsaufnahme
Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der Deutschen Bibliothek
erhältlich

©2004 Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart
Alle Rechte vorbehalten

ISBN 3-922934-76-5